Seltsame Aussagen vom Drogenbeauftragten

Sie alle kennen den Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Hendrik Streeck. Der wurde als Virologe in der Corona-Zeit bekannt und war ständig im deutschen Staatsfernsehen zu sehen. Jetzt macht sich Streeck – inzwischen CDU-Bundestagsabgeordneter – Sorgen um die Routen der Drogendealer nach Deutschland.

"Ein verschärftes Vorgehen der US-Regierung gegen Drogenkartelle in Kolumbien und Venezuela wird die Lage in Europa und auch in Deutschland wohl nicht automatisch entspannen – im Gegenteil", sagt Streck gegenüber der BILD und meint, dass kriminelle Netzwerke mit "Ausweichrouten, neuen Transitländern und auch neuen, meist noch potenteren Ersatzstoffen" auf Trumps War on Drugs reagieren würden.

Wenngleich ich Streeck für kompetent und integer halte, klingt es für mich ein wenig wie Bedauern, wenn er davon spricht, dass "die Lage auf dem Drogenmarkt angespannt" sei. Der Drogenbeauftragte weiter: "Wir stehen bereits vor einer drohenden Drogenkrise!"

Ja, schlimm, oder?

So, als würden Lebensmittel, Benzin und Klopapier knapp hierzulande.

Ich hoffe allrdings, dass die Entwicklung genau so sein wird.

Und ich wünschte mir, dass unsere Bundesregierung den Kampf gegen Drogen so energisch aufnimmt wie die Administration von Trump, der auch mal Kriegsschiffe dafür losschickt und dessen Kampfjet-Piloten immer wieder Drogen-Schnellboote mit einem kurzen Knopfdruck final aus dem Spiel nehmen.

Die Konsumenten harter Drogen wie Kokain, Crack und "bunter Pillen" werden immer jünger in Deutschland. Da sollten wir nicht darüber nachdenken, wie wir diesen Markt besser bedienen, sondern wie wir diese Pest bekämpfen und den Handel so schwer wie möglich machen.

Bitte helfen Sie mir und spenden Sie für unsere publizistische Arbeit mit einer Spnde auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 odr über PayPal @Vers 1 Medin Gmbh.

Machado widmet Trump ihren Nobelpreis

Der direkte Vergleich liegt nahe. Der frühere US-Präsident Barack Obama hatte damals zu Beginn seiner Amtszeit den Friedensnobelpreis verliehen bekommen, und bis heute weiß man wirklich nicht, für was eigentlich.

Und nun hat María Corina Machado aus Venezuela diese hohe internationale Auszeichnung erhalten, und man kann zu dem Ergebnis kommen, dass das eine gute Entscheidung ist. Allerdings auch nicht die einzig mögliche, denn die ganze Welt weiß, dass der jetzige US-Präsident auch gern den Friedensnobelpreis bekommen hätte. Und ehrlich: Im Vergleich zu Obama hätte Trump ihn allemal verdient.

Machado schrieb nach Bekanntgabe der Ehrung für sie auf X: "Ich widme diesen Preis dem leidenden Volk Venezuelas und Präsident Trump für seine entschlossene Unterstützung unserer Angelegenheit." Und meinte damit, die Unterstützung Trumps beim Freiheitskampf des venezuelanischen Volkes. Aber Trump hätte die internationale Auszeichnung auch für seine herausragende Rolle zur Beendigung des Gaza-Krieges verdient.

Nach Aussage Trumps hab Machado ihn angerufen und gesagt, dass sie die Auszeichnung ihm widme, weil er sie wirklich verdiene. Diese Geste habe er als "sehr schön" empfunden und – Trump bleibt Trump: "Ich habe nicht gesagt: 'Dann geben Sie ihn mir'."

Der Wind dreht sich in Washington

Der Wind in Amerika dreht sich spürbar. Trump habe beim Thema Ukraine-Krieg bisher "außerordentliche Geduld" bewiesen, sagte sein Außenminister Marco Rubio gestern bei der UN-Vollversammlung. Washington habe immer auf einen diplomatischen Durchbruch zum Frieden gehofft. Doch Moskau habe keinerlei Interesse an einem Frieden.

Ees hat lange gedauert, bis diese Erkenntnis im Weißen Haus gereift ist. Aber angesichts der massiven Raketen- cund Drohenangriffe auf ukrainische Städte Nacht für Nacht und der zunehmenden Verletzung von Lufträumen und das Eindringen von russischen Drohnen und Kampfflugzeugen in das Hoheitsgebiet europäischer NATO-Staaten, sei Trump jetzt bereit, "bei fortgesetzten Aggressionen Russlands die notwendigen Schritte einzuleiten." Rubio: "Der Präsident ist ein sehr geduldiger Mann. Er setzt sich sehr für den Frieden ein, aber seine Geduld ist nicht unendlich!"

Vergebung ist nicht jedermanns Sache

Der in der vergangenen Woche ermordete christlich-konservative Influencer Charlie Kirk habe "das Licht der Wahrheit an dunkle Orte gebracht", sagte US-Präsident Donald Trump gestern bei der bewegenden Trauerfeier in Arizona. 70.000 Menschen waren live im Stadion dabei, viele Tausend draußen vor Videoleinwänden, und etwa 100 Millionen Menschen zu Hause an den Fernsehbildschirmen.

"Das Licht der Wahrheit an dunkle Orte gebracht" – das sind Worte voller Pathos, die man in Amerika gerne hört. Und auch anderswo, wenn man es ernstmeint mit christlich und konservativ. Mich jedenfalls hat die Rede von Erika Kirk tief bewegt. Den ärgsten Feinden vergeben, in diesem Fall dem Mörder des geliebten Ehemannes und Vaters der beiden Kinder.

Das Prinzip Vergebung, das ist ein wesentlicher Unterschied zwischen denen, die nicht glauben, und uns, die wir glauben an Gott und das, was Jesus Christus gelehrt hat. Wenn man einen Schlag ins Gesicht bekommt, auch die andere Wange hinhalten. Mich fasziniert das, und ich glaube, dass es richtig ist, so zu handeln, geradezu revolutionär.

Aber ich gebe auch offen zu, ich habe in manchen Lebenssituationen mit diesem einen Punkt immer wieder gehadert. Weil ich es von meinem Naturell her erstmal als normal empfinde, dass einer, der einem anderen schweren Schaden zufügt, dafür zur Rechenschaft gezogen werden muss.

"Auge um Auge, Zahn um Zahn" – das steht auch in der Bibel und meint, dass Gleiches mit Gleichem zu vergelten sei.

Erika Kirk hat sich in ihrer Rede für den geraden Weg entschieden

Und das hat mich berührt. Für Nichtgläubige, für Progressive und Linkswoke aller Schattierungen müssen die Folgen des Attentats auf Charlie Kirk unerfreulich sein, denn weltweit gibt es eine Welle der Anteilnahme, mit der Charlies Wirken erst jetzt als globales Phänomen wahrgenommen wird.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich hatte den Namen Charlie Kirk mal gehört vorher, aber mich nie mit ihm beschäftigt. Nach seinem Tod aber habe ich mir bis heute bestimmt 30 Videos von ihm angeschaut und erst da in der ganzen Tragweite begriffen, was für ein großartiger und beeindruckender Mann er war.

Offen für jeden Diskurs, zutiefst Demokrat und Verteidiger der Freiheit, Christ und liebevoller Familienvater.

Ein Vorbild, ein Kämpfer für unsere Überzeugungen und Werte, ein Freund

Einer, den ich gern persönlich kennengelernt hätte.

Der deutsche Mainstream hyperventiliert derweil, framt, versucht alles, um den konservativen Hype nicht nach Deutschland schwappen zu lassen.

Von Hayali, über – besonders eklig – "Das Wort zum Sonntag" bis zum "heute journal" – sie überschlagen sich mit Zuschreibungen von "rechtsextrem" und gefährlichen "Evangelikalen", die immer noch an Ehe, Familie und Jesus Christus festhalten. Die einen Mann und eine Frau für die beiden einzigen Geschlechter halten, die es gibt. Und die ihre Verbindung in Treue und Liebe für das Normale, das Erstrebenswerte halten.

Präsident Trump – letzter Redner – ließ leider die Chance verstreichen, sein Land wieder in Stück weit zu einen. Ich denke, das wäre sein Job an diesem Abend gewesen.

Leider verpasste er den Moment und goss stattdessen Öl ins Feuer

Trump sagte über Charlie Kirk: "Er hasste seine Gegner nicht, er wollte das Beste für sie. In diesem Punkt war ich anderer Meinung als Charlie. Ich hasse meine Gegner und will nicht das Beste für sie. Es tut mir leid."

Man muss dem Mann lassen, dass er ehrlich ist. Ich traue ihm zu, dass er seine Gegner hasst. Wohlmöglich war das eine entscheidende Antriebsfeder zu seiner zweiten Kandidatur als Präsident. Es denen noch einmal richtig zu zeigen.

Aber bei dieser Trauerfeier war falsch.

Well done, Mr President! In der Ukraine scheint Frieden jetzt möglich - und der Westen ist wieder da

Manch ein Zuschauer vor dem Fernsehgerät wird sich gestern gefragt haben: Was macht eigentlich der Finne in der Runde der Anführer des freien Westens, die sich im Weißen Haus um den amerikanischen Präsidenten an einem interessant geschmückten Tisch versammelt haben? Und die Antwort ist einfach:

Finnlands Präsident Alexander Stubb spielt Golf, wollte einst sogar Profi-Golfer werden. Auch mit Donald Trump war er schon auf dem Green unterwegs. "Ein guter Spieler, ein sehr guter Spieler", urteilte der Gastgeber danach und konsultiert Stubb nun immer wieder, wenn es um Fragen der europäischen Sicherheit und des Ukraine-Krieges geht.

Der Politikwissenschaftler aus Helsinki, verheiratet mit einer britischen Anwältin und Vater zweier

Kinder, fasste die Ergebnisse des gestrigen Treffens im Weißen Haus treffend zusammen: "Präsident Trump hat in den vergangenen zwei Wochen mehr für Frieden in der Ukraine erreicht, als alle andern zuvor in drei Jahren." Punkt. So sehe ich das auch, und wenn ich heute Morgen in Zeitungskommentaren und den asozialen Netzwerken wieder all den Unfug und die Häme lese, dann wird mir wirklich schlecht.

Es ist egal, ob Meloni am Tisch direkt neben Trump saß und dann erst Merz. Es ist egal, ob Trump gar keine "gelben Haare" mehr hat, sondern jetzt hellgraue. Es ist egal, ob der deutsch Bundeskanzler bei der Begrüßung vor dem Weißen Haus das Jackett hätte zugeknöpft haben sollen.

Entscheidend ist, dass dieses Treffen gestern ein Erfolg war

Und es war ein Erfolg!

Der Westen ist für alle sichtbar wieder deutlich zusammengerückt – USA, EU, NATO, die führenden Staaten Europas ziehen wieder an einem Strang. Das ist eine sehr gute Nachricht.

Und Donald Trump hat das von ihm initiierte Treffen meisterhaft orchestriert und moderiert mit Charme, auch mit Humor, obwohl es um ein sehr ernstes Thema ging. Manchmal hatte ich den Gedanken, der macht das ein bisschen wie Helmut Kohl früher. Die großen Dinge auf die persönliche, auf die menschliche Ebene zu bringen in der direkten Ansprache der Teilnehmer vor laufenden Kameras zum Beispiel ("Du sieht heute sehr gut aus…").

Die Europäer waren bestens vorbereitet, ihre Wortbeiträge, auch die Reihenfolge, auch die Themen waren in stundenlangen Videokonferenzen am Wochenende zwischen dem Alaska-Gipfel und dem Treffen im Weißen Haus abgesprochen worden. Der finnische Präsident soll dabei eine wichtige Rolle gespielt haben als derjenige, der Trump die Haltung der Europäer am besten zusammenfassen und somit nahebringen kann. Und den amerikanischen Präsidenten kurz vor dessen Telefonat mit Russlands Kriegs-Präsidenten Wladimir Putin noch auf die 19.000 von russischen Soldaten aus der Ukraine verschleppten Kleinkinder anzusprechen, das war auch sehr gut. Weil es den mächtigen Gastgeber einstimmte auf das Gespräch mit Putin, und über was wir wirklich reden.

Putins deutsche Winkelemente-Schwenker verbreiten ja bis heute die Mär, Russland hätte gar keine Kinder entführt. Aber dieselben – Entschuldigung! – Hohlköpfe behaupten ja auch, die Massaker von Butscha hätten gar nicht stattgefunden. Und Selenskyj betreibe ein Spielcasino auf Zypern. In solchen Momenten fällt besonders auf, wie doof diese Schwachsinns-Geschichten sind, die anscheinend Hunderttausende Deutsche glauben wollen.

Doch zurück nach Washington

Hat Trump die Ukraine verraten? Auch das wird ja heute behauptet. Und auch das ist Unsinn. Wenn der Mann wirklich will, dass der Krieg, all das Töten und die Zerstörungen enden, dann kann er beim Gipfeltreffen und vor dem Telefonat mit Putin nicht eine blau-gelbe Basecap aufsetzen mit "Make Ukraine great again". Trump will der Vermittler sein, er muss alle einbeziehen, darf niemanden vor den

Kopf stoßen. Und insofern: Ja, er macht das gerade wirklich sehr gut. Wenn es ihm gelingt, den Ukraine-Krieg zu beenden und eine abgesicherte Zukunft der Ukraine hinzubekommen, dann hat der Mann den Friedensnobelpreis absolut verdient. Ob gelbe oder weiße Haare – egal...

ALASKA-GIPFEL: Viele Zeichen, nicht Konkretes - achten Sie unbedingt auf Selenskyjs Anzug am Montag!

Zugegeben, die Berichterstattung über den Präsidenten-Gipfel in Alaska am Freitag, fällt mir nicht leicht. Und zwar deshalb, weil es so gar keine handfesten Informationen darüber gibt, was da bei der Inszenierung auf dem amerikanischen Stützpunkt Elmendorf-Richardson im Nordosten von Anchorage wirklich herausgekommen ist, wo sich US-Präsident Donald Trump und Russlands Staatschef Wladimir Putin über den Ukraine-Krieg hinter verschlossenen Türen unterhalten haben.

Alaska deshalb, weil Russland im äußersten Osten eine gemeinsame Grenze mit den USA hat und Alaska vor langer Zeit einmal russisches Staatsgebiet war, das zur Zarenzeit von den Russen an die USA verscherbelt wurde für einen mickrigen Kaufpreis.

Die Pressekonferenz, die Trump und Putin nach ihren Konsultationen im kleinen Kreis – die Außenminister Marco Rubio und Sergej Lawrow sowie je ein enger Präsidentenberater waren dabei – gaben, war ein schlechter Witz. Man habe sich gut und vertrauensvoll unterhalten, sei in den meisten Fragen einig und erheblich vorangekommen. Details nannte keiner der beiden Männer, Fragen von Journalisten waren nicht erlaubt, einige Journalisten riefen dennoch ihre Fragen, die aber von Trump und Putin konsequent ignoriert wurden. Dann stiegen die Präsidenten in ihre Flugzeuge und entschwebten.

Suchen im Kaffeesatz

Weil konkret niemand außer den direkt Beteiligten weiß, was tatsächlich besprochen und vielleicht sogar vereinbart wurde, muten die "Analysen" vieler Mainstreammedien fast lächerlich an. Was ist das denn für in Analyse, wenn man überhaupt keine Fakten zum Analysieren hat?

Die amerikanische First Lady Melania Trump hatte Putin einen Brief geschrieben, angeblich von ihr selbst formuliert, den sie dem Russen in Alaska persönlich überreichte, und in dem sie zu Frieden uns zum Schutz der Kinder aufrief.

In dem ganzen Brief erwähnt Frau Trump die Ukraine nicht ein einziges Mal, wohl um Putin die Möglichkeit zu geben, ihr Schreiben zu Hause im Präsidentenpalast an seine Pinnwand hängen zu können. Und sicher wird Putin Anfang der Woche sofort die 40.000 von seinen Schergen entführten ukrainischen Kleinkinder freilassen und zu ihren Eltern zurückbringen. Als ein Zeichen...

Es gab wenig Konkretes in Alaska aber viele Zeichen

Melanias Brief sollte ein Zeichen setzen, verkündete sie auf X. Und dass das Treffen in Alaska stattfand, war – klar – auch ein Zeichen. Dass Donald Trump den Massenmörder aus Moskau auf dem roten Teppich mit Beifalls empfing, natürlich, war auch ein Zeichen. Allerdings ein ganz mieses Zeichen. Wie die beiden alten Männer da scherzend beieinander standen, so vertraut, als redeten sie über ein Basketballspiel statt über die Zukunft von Millionen Menschen und den Frieden in der Welt, das hatte schon etwas Beklemmendes, wie mein Kollege Paul Ronzheimer am Tag danach bekannte. Wie sich sein Magen verkrampfte, als Trump dem Mann Beifalls spendete, der als Kriegsherr für den Tod von mehreren Freunden Ronzheimers in der Ukraine direkt verantwortlich ist. Und da steht er nun, der nominelle Anführer der freien Welt und applaudiert dem Mann, der als erster nach 1945 wieder einen großen Krieg in Europa begonnen hat. Und ein Ende ist nicht absehbar, nicht einmal eine zeitlich begrenzte Waffenruhe. Putin, das war am Freitag ohne den geringsten Zweifel erkennbar, will weiter töten lassen und weiter erobern. Russische Erde einsammeln, so zynisch hatte das Alexander Gauland von der AfD mal formuliert. Aber im Grunde hat er damit nur ausgesprochen, was und wie Putin wirklich denkt.

Ich könnte noch viel schreiben über die Zeichen von Alaska. Dass der amerikanische Präsident seinen Gast aus dem Kreml in seiner Limousine ("The Beast") mitfahren ließ, obwohl der Russe doch seine eigene Limousine mitgebracht hatte nach Alaska. Und dass das geplante Mittagessen der beiden Delegationen in Alaska kurzfristig abgesagt wurde. und dass bei der Pressekonferenz, wenn man das so nennen möchte, nicht Trump – wie üblich – das Wort ergriff, sondern Putin als erster dran war. Ein Zeichen, zweifellos.

Aber was hat es denn nun wirklich gebracht, dieses Gipfelgespräch?

Nach allem, was wir bis jetzt so hören, wenig bis gar nichts. Angeblich sei Trumps Stimmung nach dem Gespräch mit Putin deutlich düsterer gewesen als vorher, heißt es. Ob das stimmt, wissen wir nicht. Putin habe durch das Event in den USA international eine Aufwertung erfahren, heißt es. Das ist wohl so. Trump sagte hinterher, er werde sich am Montag in Washington mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj treffen. Das ist tatsächlich ein Zeichen, denn offensichtlich gibt es doch etwas Ernsthaftes zu besprechen, was Bewegung in das Thema bringen könnte.

Tatsächlich hatte der US-Präsident – und das ist ein gutes Zeichen – nach dem Gipfel ausführlich mit seinen wichtigsten europäischen NATO-Partnern gesprochen und über sein Gespräch mit Putin informiert. Beide hätten- so Trump – "intensiv über ein Friedensabkommen" verhandelt. Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz bezeichnete das danach in einem Interview mit RTL/ntv als einen "wirklich großen Fortschritt".

Warten wir nun gespannt auf Montag, wenn sich Selensky im Weißen Haus erneut mit Trump trifft. Und achten Sie darauf, welche Kleidung der ukrainische Präsident dann trägt. Das könnt ein wichtiges Zeichen sein...

Showdown in Alaska am Freitag: Der Westen wird die Ukraine nicht preisgeben

Im Grunde können sie das Gipfeltreffen in Alaska am Freitag absagen. Denn es wird keinen Deal geben und keinen substanziellen Fortschritt auf dem Weg zum Frieden. Nicht einmal auf dem Weg zu einer Waffenruhe im geschundenen Osten und Süden der von Russland mit Krieg überzogenen Ukraine.

Es kann keine "diplomatische Lösung" geben, wenn die Ukraine, wenn Präsident Wolodymyr Selenskyj, nicht mit am Verhandlungstisch sitzen. So einfach ist das.

Und wissen Sie warum?

Weil die Ukraine überhaupt nicht vorhat, sich Russland zu unterwerfen. Weil die Ukrainer nach dreieinhalb Jahren Angriffskrieg, befohlen von einem Psychopathen im Kreml, der so gern in die Geschichtsbücher eingehen will als Imperator, der wenigstens einen Teil der Sowjetunion wieder herstellen will, nicht nachgeben werden.

+++Bitte unterstützen Sie unsere publizistische Arbeit mit Ihrer Spende auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal auf @Vers1 Medien+++

Und weil sich die Ukrainer, die einen furchtbaren Blutzoll in ihrem Kampf um die Freiheit und den Anschluss an den Westen erbracht haben, am Ende nicht mit leeren Händen dastehen wollen und zusehen, wie ihr Kinder und Enkel unter russischer Dominanz ihr Leben fristen müssen.
Und auch weil jemand dafür zahlen soll für all das Leid, für die Zerstörungen, die Toten, die Krüppel, di vergewaltigten Frauen und Zehntausende Kleinkinder, die gegen den Willen ihrer Eltern nach Russland verschleppt wurden, um da zu neuen Sowjetmenschen herangezogen zu werden, die man bei Bedarf als totes Fleisch im nächsten Feldzug für den Führer in Moskau verheizen kann.

Die Präsidenten Trump und Putin treffen sich am Freitag

Ohne Selenskyj. In Alaska. Ausgerechnet in Alaska.

Das gehörte einst zu Russland und wurde 1867 an die USA verkauft. Für mickrige 7,2 Millionen US-Dollar. Da hat sich die Sowjetunion 1991 mehr für den Anzug ihrer Truppen aus Ostdeutschland bezahlen lassen. Tatsächlich entblödeten sich russische Militärblogger im vergangenen Jahr nicht, eine breite Diskussion anzustoßen, ob es nicht an der Zeit wäre, Finnland, das Baltikum, Moldawien und auch Alaska dem "Russischen Reich" wieder einzuverleiben. Jedenfalls formulierte der TV-Moderator Wladimir Solowjow – eine Art russischer Böhmermann – das so in seiner Sendung im russischen Fernsehen.

Angesichts der offenkundigen Schwäche der russischen Armee, die täglich Erfolgsmeldungen über die Einnahme verlassener und weitgehend zerstörter ukrainischer Dörfer im Donbass verbreitet, ein kühnes Ansinnen.

Denn Europa und die NATO sind endlich aufgewacht

Und das ist wichtig, es kommt zur rechten Zeit. Denn die Amerikaner, die Trump-Administration, haben klargemacht, dass sie nicht weiter für den Krieg der Europäer bezahlen wollen. Doch die Europäer können selbst bezahlen – moderne amerikanische Waffen für die Ukraine zum Beispiel.

Weder Präsident Selenskyj noch die großen EU-Staaten wollen dem Schauspiel am Freitag in Alaska einfluss- und tatenlos zuschauen. Und sie werden es auch nicht, weil es keinen russischen Diktatfrieden geben wird, wenn die Ukraine und Europa nicht mitmachen.

US-Präsident Donald Trump hat in den vergangenen Monaten schmerzhaft lernen müssen, dass sein Freund Wladimir gar nicht sein Freund ist, sondern ein offensichtlich größenwahnsinniger Wichtigtuer, der nur deshalb noch im Spiel ist, weil China und Indien mit Öl- und Gaskäufen seine marode Volkswirtschaft leidlich über Wasser hält.

Dazu kommt, dass es bei aller zur Schau gestellten Größmäuligkeit Russlands militärisch gar nicht gut läuft in Donezk und Luhansk. Der Militärökonom Marcus Keupp von der Militärakademie der ETH Zürich, für mich der Topexperte in Sachen militärischer Logistik in Europa, kommt in seiner aktuellen Lagebeurteilung zu dem Ergebnis, dass Putin nur noch bis Oktober 2025 diesen Krieg wird fortsetzen können. Dann sei zwar nicht der Krieg sofort beendet, aber dann werde Russland strategisch auf der Verliererstraße sein.

Es gibt keinen Grund für die Ukraine und den Westen auf einen Kuhhandel zwischen Trump und Putin zu hoffen. Am Mittwoch werden sich Bundeskanzler Friedrich Merz, seine Amtskollegen aus Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen, der Ukraine sowie EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, EU-Ratspräsident António Costa, NATO-Generalsekretär Mark Rutte und Trump in unterschiedlichen Zusammensetzungen beraten und den mächtigen amerikanischen Verbündeten auf Freitag vorbereiten. Was er dann daraus macht, das werden wir sehen. Die Unterwerfung der Ukraine unter russisches Joch wird es nicht sein.

Amerikanische B2-Bomber und U-Boote zerstören die iranischen Atomanlagen offenbar komplett

Sie haben gewarnt und gewarnt, am Ende haben die Vereinigten Staaten ihre eigene Frist nicht mehr

abgewartet. Vergangene Nacht hat US-Präsident Donald Trump gehandelt und die iranischen Atomanlagen im Iran angreifen lassen. Getroffen und vermutlich komplett zerstört wurden die iranischen Atomgelände in Isdahan, Natans und Fordo.

Der US-Fernsehsender CNN berichtete, bei dem Angriff hätten sechs B2-Bomber insgesamt zwölf bunkerbrechende Bomben aus das Atomkraftwerk Fordo abgeworfen worden, während amerikanische U-Boote 30 Marschflugkörper auf die Anlagen in Isfahan und Natans abgefeuert hätten.

Die Anlagen seien "vollständig ausgelöscht" worden, bestätigte Präsident Trump anschließend, alle amerikanischen Flugzeuge hätten den iranischen Luftraum verlassen und befänden sich wieder auf dem Heimflug.

Der Iran hatte die drei Atomanlagen bereits "vor einiger Zeit" evakuiert, teilte die staatliche Nachrichtenagentur IRIB mit.

Anders als von linksliberalen Mainstreammedien vorher spekuliert, zeigten sich die in Washington regierenden Republikaner geschlossen. So bekundete der republikanische Mehrheitsführer im Senat, John Thune, er stehe zu Präsident Donald Trump. Senator Lindsey Graham aus South Carolina sagte, dass der Angriff auf die Atomanlagen "die richtige Entscheidung" war.

Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Mike Johnson sagte: "Die Militäroperationen im Iran sollten unseren Gegnern wie auch unseren Verbündeten eine deutliche Erinnerung daran sein, dass Präsident Trump seine Worte ernst meint. Der Präsident hat dem iranischen Führer jede Gelegenheit gegeben, ein Abkommen zu schließen, doch der Iran weigerte sich, sich zu einem nuklearen Abrüstungsabkommen zu verpflichten."

Schon am Samstagmorgen war bekannt geworden, dass B2-Tarnkappenbomber den US-Luftwaffenstützpunkt Whiteman im Bundesstaat Missouri in Richtung Westen verlassen hatten. Nur diese speziellen Flugzeuge können die 13,6 Tonnen schweren Bunkerbrecher-Bomben abwerfen.

Am frühen Morgen wandte sich der US-Präsident in einer kurze Ansprache an sei Volk. Dabei sagte er:

"Vor kurzem hat das US-Militär massive Präzisionsschläge gegen die drei wichtigsten Nuklearanlagen des iranischen Regimes in Fordo, Natans und Isfahan durchgeführt.

Jeder hat diese Namen seit Jahren gehört, während sie dieses schrecklich zerstörerische Unternehmen aufgebaut haben. Unser Ziel war die Zerstörung der iranischen Urananreicherungskapazitäten und die Beendigung der nuklearen Bedrohung durch den weltweit führenden Staat, der den Terrorismus unterstützt. Heute Abend kann ich der Welt berichten, die Angriffe waren ein spektakulärer militärischer Erfolg. Die wichtigsten iranischen Anlagen zur Urananreicherung wurden vollständig zerstört. Der Tyrann des Nahen Ostens, der Iran, muss nun Frieden schließen, sonst werden künftige Angriffe noch viel größer und einfacher sein. Seit 40 Jahren ruft der Iran "Tod für Amerika, Tod für Israel".

Sie haben unser Leute getötet, sie haben ihnen Arme und Beine weggerissen mit Straßenbomben, die seine (Irans) Spezialität waren. Wir verloren über 1000 Menschen, und Hunderttausende im Nahen Osten und auf der ganzen Welt sind als direkte Folge dieses Hasses gestorben, insbesondere durch die Hand seines Generals Oasem Soleimani.

Ich habe vor langer Zeit beschlossen, dass ich das nicht zulassen werde. Das wird nicht so weitergehen. Ich möchte Premierminister Bibi Netanjahu danken und gratulieren. Wir haben als Team zusammengearbeitet, wie es vielleicht noch kein Team zuvor getan hat."

Wie schlimm war es also wirklich in LA?

Die Diskussion hier im Blog und auf den beiden Nachrichtenportalen TheGermanZ und KELLE waren ungewöhnlich heftig. Hat US-Präsident Donald Trump richtig gehandelt, die Nationalgarde auch gegen den erklärten Willen des kalifornischen Gouverneurs Gavin Newsom und der Bürgermeisterin Karen Bass nach Los Angeles geschickt hat? Oder war das nur eine Show für die Galerie, den Menschen Entschlossenheit zu demonstrieren in der Migrations- und Abschiebepolitik? Und dürfen konservative Publizisten nachfragen bei konservativen Präsidenten?

Während auf Anordnung Trumps gerade weitere 2000 Nationalgardisten unterwegs nach LA sind, hat sich der Leitende Staatsanwalt für den Bezirk Los Angeles, Nathan Hochman, öffentlich mit Zahlen und Fakten zu Wort gemeldet.

Unbestritten hab es gewalttätige Ausschreitungen von Linksextremisten gegeben, martialische Bilder von jungen Schwarzen vor brennenden Barrikaden gingen um die Welt. Bis Mittwochmorgen, so Hochman, hatte die Polizei in Los Angeles 203 Personen wegen unerlaubter Proteste festgenommen und 17 Personen wegen Verstößen gegen die Ausgangssperre – also insgesamt 220 Festnahmen.

Der medialen Darstellung, Los Angeles versinke gerade in Chaos und Gewalt, widerspricht der Staatsanwalt allerdings energisch. 99,9 Prozent der Einwohner hätten sich überhaupt nicht an den Protesten gegen Abschiebungen beteiligt, und unter den Tausenden Demonstranten in einem kleinen Stadtbezirk der Metropol sei nur eine "kleine Minderheit von etwa 400 Personen" an den Ausschreitungen beteiligt gewesen.

Ob der Einsatzbefehl für die Nationalgarde durch den Präsidenten also berechtigt war oder nicht, können Sie für sich persönlich entscheiden.

Wir freuen uns nun erstmal auf Samstag, wenn in Washington DC eine große Militärparade durch Washington rollt zum 250. Gründungstag des US-Heeres. Das könnte auch interessant werden....

Donald Trump in Fort Bragg: "Wir werden Los Angeles befreien" – und Europa sollte auch damit anfangen…

"Wir werden nicht zulassen, dass eine amerikanische Stadt von einem ausländischen Feind überfallen und erobert wird!" Starke Worte, die US-Präsident Donald Trump gestern in seiner Rede vor Soldaten auf dem Militärstützpunkt Fort Bragg zur Lage in Los Angeles fand. Und genau das, was seine Wähler – die Mehrheit der Amerikaner – von dem Mann erwarten: Law & Order durchsetzen!

"Was Sie derzeit in Kalifornien erleben, ist ein ausgewachsener Angriff auf den Frieden, die öffentliche Ordnung und die nationale Souveränität. Begangen von Randalierern, die ausländische Flaggen schwenken, mit dem Ziel, eine Invasion unseres Landes fortzusetzen", sagte Trump und weiter: "Wir werden Los Angeles befreien!"

Auch in Deutschland gab es nach ausufernder Migrantengewalt, etwa im Zusammenhang mit Palästinenser-Aufmärschen, Erithreer-Ausschreitungen oder einfach ausufernden Silvesternächsten immer wieder Politiker, die von "Invasion" sprachen. Fast immer waren es Politiker der AfD, die dafür als – wahlweise – Rassisten, Ausländerfeinde und Nazis gescholten wurden.

Aber so, wie ich am Wochenende Trumps Einsatzbefehl für die Nationalgarde hinterfragt habe, so ist es an der Zeit, die Frage zu stellen, ob Trump nicht einfach recht hat mit dem, was er sagt und gerade unternimmt.

Die Massenmigration in die Vereinigten Staaten, nach Europa und in andere Wohlstandsgesellschaften hat lange ein Maß erreicht, dass nicht mehr zu steuern ist. Die AfD hat das erkannt und klar benannt, was ihr Wahlsieg um Wahlsieg beschert.

+++Bitte unterstützen Sie meine publizistische Arbeit mit Ihrer Spende auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder überPayPal @KelleKlaus+++

SPD und Grüne werden naturgemäß noch lange Zeit brauchen, bis sie begreifen, was sie mit ihrer Multi-Kulti-Verliebtheit gegenüber ihrem Volk angerichtet haben. Und die Union – die weiß seit langem, dass es so nicht weitergehen kann, aber typischerweise haben sie über Jahre trotz der offenkundigen Fehlentwicklungen herumgeeiert und nichts getan, um bloß das Erbe "ihrer" Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht zu beschädigen oder – schlimmer – als rechts zu gelten.

Der frischgewählte Bundeskanzler Friedrich Merz hat erkennbar damit begonnen, Merkels

Scherbenhaufen aufzuräumen. Aber das funktioniert halt nicht, in drei Monaten abzuräumen, was in der Union über mindestens zehn Jahre schrecklich falsch gelaufen ist. Und Innenminister Alexander Dobrindt hat nicht zuletzt deshalb persönlich steigende Beliebtheitswerte, weil ihm viele Bürger abnehmen, dass er es wenigstens ehrlich versucht, die Massenzuwanderung nach Deutschland zu stoppen, zurückzuweisen und abzuschieben.

Begonnen hat es, aber alle wissen, dass es nicht ausreicht. Noch lange nicht. Und alle wissen, dass das Problem wirksam nur gemeinsam von Union und AfD zu lösen wäre, wenn da nicht diese selbstgewählte und gar nicht hilfreiche Brandmauer stünde.

Der amerikanische Präsident wandte sich in seiner Rede von den Soldaten in Fort Bragg auch an die Staaten Europas. Die – so Trump – müssten jetzt ebenfalls entschlossen handeln, wie Amerika auch. "Wie die ganze Welt jetzt sehen kann, führt unkontrollierte Migration zu Chaos, Missständen und Unordnung", rief Trump aus. Das sei auch ein Problem "in vielen der Länder Europas". Er rief uns auf dem europäischen Kontinent dazu auf, "lieber etwas tun, bevor es zu spät ist."